



BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETER
LUDWIG HARTMANN
Energie- und klimapolitischer Sprecher
Bündnis 90 / Die GRÜNEN

Ludwig Hartmann · Maximilianeum · 81627 München

Maximilianeum
81627 München
Telefon (089) 4126-2989
Telefax (089) 4126-1989

Alte Bergstraße 400
86899 Landsberg am Lech
Telefon (08191) 3737
Telefax (08191) 305034

Ludwig.Hartmann@gruene-fraktion-bayern.de
www.ludwig-hartmann.de

München, den 27.01.2010

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Ludwig Hartmann, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Dr. Martin Runge, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

EEG-Vergütungssätze für PV-Strom harmonisch anpassen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass bei der beabsichtigten Novellierung des EEG zur Absenkung der Vergütung von photovoltaisch erzeugtem Strom auf eine kurzfristige, im zweistelligen Prozentbereich angesiedelte Absenkung der Vergütungssätze verzichtet wird.

Stattdessen soll sich die Staatsregierung für eine auf zwölf Monate verteilte Absenkung der Vergütungen einsetzen, um Markverwerfungen zu vermeiden.

Begründung:

Die angekündigte Absenkung der Vergütung für PV-Strom im EEG zum 1.4.10 um 15 % bzw. um 25 % für Freiflächenanlagen auf Ackerböden wird zu erheblichen Marktverwerfungen führen. Die Handwerksbetriebe würden in erhebliche Schwierigkeiten kommen, den bestehenden Auftragsbestand bis Ende März abzuarbeiten. Die Modulpreise würden kurzfristig ansteigen. Ebenso kann nicht sichergestellt werden, dass die Netzbetreiber die neuen Anlagen termingerecht anschließen können.

Für die Planer und Investoren von Freiflächenanlagen ergeben sich aufgrund der längeren Realisierungszeiten ähnliche Probleme. Bereits getätigte Planungen und Investitionsvorbereitungen werden hinfällig, weil der mögliche Projektabschluss vor dem 30.6. nicht mehr garantiert werden kann.

Die bisher vorgesehene Regelung führt zu Lieferschwierigkeiten, extremen Preisschwankungen, Auftragsstornierungen, Fehlinvestitionen, juristischen Auseinandersetzungen und Arbeitsplatzverlusten.

Beispielsweise kann mit einer monatlichen Absenkung um 1,35 % über einen Zeitraum von 12 Monaten ebenfalls eine Reduzierung um 15 % erreicht werden und macht eine kontinuierliche Marktanpassung möglich.

Die Erfahrungen aus der Gesetzgebung in den Bereichen Biokraftstoffen und Biogas zeigen deutlich, dass massive und kurzfristige Eingriffe in den Ordnungsrahmen oft wirtschaftlich katastrophale Folgen haben.

Sepp Daxenberger,

Margarete Bause,

Ulrike Gote,

Ludwig Hartmann,

Renate Ackermann,

Dr. Sepp Dürr,

Thomas Gehring,

Eike Hallitzky,

Christine Kamm,

Dr. Christian Magerl,

Thomas Mütze,

Dr. Martin Runge,

Maria Scharfenberg,

Theresa Schopper,

Adi Sprinkart,

Christine Stahl,

Claudia Stamm,

Susanna Tausendfreund,

Simone Tolle,

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

München, den 27.01.2010